
Vorsitz: Irland**911. PLENARSITZUNG DES RATES**1. Datum: Donnerstag, 10. Mai 2012

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 12.05 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter E. O'Leary

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende im Namen des Ständigen Rates Botschafter Costas A. Papademas als neuen Ständigen Vertreter Zyperns bei der OSZE.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: OSZE-BÜRO IN TADSCHIKISTAN

Vorsitz, Leiter des OSZE-Büros in Tadschikistan (PC.FR/10/12 OSCE+), Dänemark – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; sowie mit Andorra und Moldau) (PC.DEL/423/12), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/417/12), Russische Föderation (PC.DEL/434/12 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/410/12), Türkei (PC.DEL/414/12), Schweiz, Tadschikistan (PC.DEL/421/12 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: BESCHLUSS ÜBER DIE ANNAHME DER INTERNATIONALEN RECHNUNGSLEGUNGS-STANDARDS FÜR DEN ÖFFENTLICHEN SEKTOR IN DER OSZE

Vorsitz

Beschluss: Der Ständige Rat verabschiedet den Beschluss Nr. 1040 (PC.DEC/1040) über die Annahme der Internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor in der OSZE; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Vorsitz

Punkt 3 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Terroranschläge in Machatschkala (Russische Föderation) am 3. Mai 2012:* Dänemark – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, und San Marino) (PC.DEL/422/12), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/419/12), Belarus (PC.DEL/412/12), Armenien, Vorsitz, Russische Föderation (PC.DEL/435/12)
- (b) *Versammlungsfreiheit in der Russischen Föderation:* Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/418/12), Russische Föderation (PC.DEL/436/12)
- (c) *Parlamentswahl in Armenien vom 6. Mai 2012:* Dänemark – Europäische Union (PC.DEL/424/12), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/420/12), Belarus (PC.DEL/413/12), Russische Föderation (PC.DEL/437/12), Armenien
- (d) *Parlaments- und Präsidentenwahlen in Serbien vom 6. Mai 2012:* Dänemark – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Albanien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Armenien, Moldau und San Marino) (PC.DEL/425/12), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/426/12), Albanien (PC.DEL/411/12), Russische Föderation (PC.DEL/438/12), Serbien (Anhang), Vorsitz

Punkt 4 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Besuch der Kovorsitzenden der Internationalen Genfer Gespräche in Tiflis, Zchinwali und Suchumi:* Vorsitz
- (b) *Botschafterklausur in Stegersbach (Österreich) am 7. und 8. Mai 2012:* Vorsitz
- (c) *Dubliner Konferenz über Freiheit im Internet am 18. und 19. Juni 2012:* Vorsitz

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS**

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/85/12 OSCE+):* Generalsekretär
- (b) *Erleichterung der Stimmabgabe im Kosovo bei den bevorstehenden serbischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durch die OSZE:* Generalsekretär (SEC.GAL/85/12 OSCE+)
- (c) *Festnahme eines Mitarbeiters der OSZE-Mission in Serbien:* Generalsekretär (SEC.GAL/85/12 OSCE+), Vorsitz, Serbien, Vereinigte Staaten von Amerika
- (d) *Ankündigung des dritten Treffens der offenen Arbeitsgruppe zum Konfliktzyklus am 16. Mai 2012:* Generalsekretär (SEC.GAL/85/12 OSCE+)

Punkt 6 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

- (a) *Symposium „A Changing European Union in a Changing World“ am 11. Mai 2012 in Wien und Europatag am 9. Mai 2012 : Dänemark – Europäische Union*
- (b) *Besuch eines Wahlexpertenteams des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) vom 7. bis 9. Mai 2012 in Sofia: Bulgarien*
- (c) *Erörterungen über Aspekte des Übergangs und das OSZE-Engagement für Afghanistan in der 51. gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates vom 9. Mai 2012 und in der Sitzung des Sicherheitsausschusses am 14. Mai 2012: Vorsitz*
- (d) *Seminar zur menschlichen Dimension „Rechtsstaatliche Rahmenbedingungen für die Bekämpfung des Menschenhandels“ vom 14. bis 16. Mai 2012 in Warschau: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 17. Mai 2012, 10.00 Uhr im Neuen Saal.

911. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 911, Punkt 3 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Herr Vorsitzender,

die Republik Serbien schließt sich der EU-Erklärung zu den serbischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vollinhaltlich an. Lassen Sie mich einige Kommentare in meiner nationalen Eigenschaft anfügen.

Die Republik Serbien bekundet ihre Genugtuung über die abgeschlossene Parlamentswahl und den ersten Durchgang der vorgezogenen Präsidentschaftswahl. Die Durchführung der Wahlen war offen, fair und transparent und hat gezeigt, dass die Umsetzung der vorgegebenen Empfehlungen auf hohem Niveau und zunehmend besser erfolgte.

Wir begrüßen die Vorläufigen Ergebnisse und Schlussfolgerungen des BDIMR, der PV der OSZE und der PV des Europarats, in denen eine Reihe positiver Aspekte vermerkt und auf einige wenige verbesserungswürdige Bereiche hingewiesen wurde, mit denen wir uns nach der Veröffentlichung des abschließenden Berichts befassen und worüber wir den Ausschuss für die menschliche Dimension und den Ständigen Rat unterrichten werden.

Wir gehen davon aus, dass der zweite Durchgang der Präsidentschaftswahl am 20. Mai in demselben Geist verläuft und umgehend eine neue Regierung gebildet wird, die das Reformtempo und die Prozesse der europäischen Integration fortsetzen, die Stabilität in der Region weiter fördern und aktiv betreiben sowie die Zusammenarbeit mit unseren Partnern fortsetzen wird.

Wir möchten der OSZE auch erneut für ihre unterstützende Rolle bei der Erleichterung der Durchführung der Wahlen im Kosovo und in Metochien danken.

Herr Vorsitzender,

bedauerlicherweise müssen wir an dieser Stelle auch auf die soeben vom Ständigen Vertreter Albaniens abgegebene Erklärung eingehen. Die Gründe, die darin für die Verurteilung der Festnahmen angeführt wurden, erachten wir als völlig unannehmbar und wir weisen alle Anschuldigungen nachdrücklich zurück.

In den vergangenen Jahren gingen die serbischen Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit den Reformen im Allgemeinen und im Zuge der umfassenden Umsetzung europäischer Normen und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit verstärkt gegen Korruption, organisierte Kriminalität und Kriegsverbrechen vor – immer im Einklang mit den Grundsätzen der Transparenz, der zivilen Kontrolle ihrer Arbeit sowie der Bereitstellung von Informationen von öffentlichem Interesse. Diese Aufgaben wurden ausschließlich auf Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und nicht der ethnischen Zugehörigkeit oder aus anderen diskriminierenden Motiven erfüllt, ganz zu schweigen von einer politischen Einflussnahme. Dafür wurden wir von internationalen Organisationen, darunter auch die Europäische Kommission, gelobt.

Zugleich werden alle maßgeblichen internationalen Akteure in Serbien regelmäßig über die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Arbeit der für Kriegsverbrechen zuständigen Staatsanwaltschaft entweder direkt oder über den Nationalen Rat für die Zusammenarbeit mit dem IStGHJ auf dem Laufenden gehalten. Die Vollstreckung der Gesetze kann nicht einfach in Wahlzeiten ausgesetzt werden, weshalb es für uns nicht hinnehmbar ist, dass die Aktivitäten dieser äußerst professionellen und international geachteten gerichtlichen Institution mit angeblichen Wahlmanipulationen in Zusammenhang gebracht werden.

Nachdem wir unsere Verpflichtung zur Auslieferung von mutmaßlichen Kriegsverbrechern erfüllt haben, begrüßen wir die fortgesetzte Zusammenarbeit mit dem IStGHJ in der Frage der Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen in der Region. Im Zusammenhang damit möchten wir auch daran erinnern, dass Serbien seit 2000 dem Ersuchen uneingeschränkt Folge leistet, keine mutmaßlichen Kriegsverbrecher als wählbare Kandidaten auf Wahllisten zuzulassen.

In diesem Fall handelt es sich bei den Festgenommenen um mutmaßliche Mitglieder der sogenannten Befreiungsarmee von Preševo, Medveđa und Bujanovic, einer illegalen paramilitärischen Vereinigung, die 2001 und 2002 Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in der Region begangen hat, unter anderem durch die Einrichtung von Gefängnissen, in denen sowohl Serben als auch Albaner festgehalten und gefoltert wurden. Die Abteilung für Kriegsverbrechen am Gericht zweiter Instanz entschied, dass die mutmaßlichen Täter angesichts der Schwere der ihnen zur Last gelegten Verbrechen und der sehr wahrscheinlichen Ausübung von Druck auf die Zeugen in Untersuchungshaft bleiben.

Abschließend möchten wir hinzufügen, dass Fälle dieser Art auf keine wie immer geartete Weise mit dem Integrationsprozess der albanischen Minderheit in serbische Institutionen in Zusammenhang gebracht werden sollten, um den sich sowohl die Republik Serbien als auch die OSZE seit Langem mit großem Einsatz bemühen, und diesen gefährden könnten. Wir möchten bei dieser Gelegenheit erneut unsere feste Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass wir uns alle gemeinsam der eigentlichen Ursachen dieser Probleme sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene annehmen sollten, anstatt aufrührerische Reden zu führen, die – gelinde gesagt – in keiner Weise hilfreich sind.

Wir bitten um Aufnahme dieser Erklärung in das heutige Journal.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender.

911. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 911, Punkt 2 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 1040
ANNAHME DER INTERNATIONALEN
RECHNUNGSLEGUNGSSTANDARDS FÜR DEN
ÖFFENTLICHEN SEKTOR IN DER OSZE**

Der Ständige Rat –

unter Hinweis auf die vom Ständigen Rat am 27. Juni 1996 genehmigten Finanzvorschriften (DOC.PC/1/96), insbesondere Vorschrift 7.01 „Aufstellung des Abschlusses“, sowie auf die wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze laut Note 1 zum Jahresabschluss, insbesondere den Grundsatz, dass der Jahresabschluss gemäß den Rechnungslegungsnormen des Systems der Vereinten Nationen (UNSAS) erstellt wird,

unter erneutem Hinweis auf die Wichtigkeit vollständiger Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Arbeitsweise der OSZE,

Kenntnis nehmend vom Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen durch ihre Resolution 60/283 vom Juli 2006, die Annahme der Internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor (IPSAS) zu billigen, die die Rechnungslegungsnormen des Systems der Vereinten Nationen (UNSAS) ersetzen sollen, –

genehmigt die Annahme der Internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor in der OSZE;

beauftragt das Sekretariat, sich um die sukzessive Umsetzung der IPSAS zu bemühen, mit der Zielvorgabe, im Finanzjahr 2014 den Jahresabschluss im Einklang mit den IPSAS zu erstellen;

ersucht den Generalsekretär, die Finanzmittel, die für die Finanzierung der Aktivitäten in Zusammenhang mit der Annahme der IPSAS für die OSZE notwendig sind, aus dem bestehenden Gesamthaushalt zuzuweisen.